Weserstadt Minden

seit 798 merk-würdig

KOMM-IN NRW.

gefördert durch das MGFFI NRW

Dokumentation zur Projektpräsentation

Zuhören – Verstehen – Gemeinsam handeln.

Düsseldorf, Februar 2010

imap

Inhalt

1. Einleitung Seite 3
2. Begrüßung des Bürgermeisters Michael Buhre Seite 4
3. Grußwort Integrationsbeauftragten des Landes NRW Thomas Kufen Seite 7
4. Das Projekt aus Sicht der Interviewten und Interviewer Seite 12
5. Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragung Seite 14

1. Einleitung

Minden ist eine kulturell vielfältige Stadt in der seit Jahrzehnten Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern zusammenleben. Für diese Menschen und Familien ist Minden Heimat, die sie aktiv durch ihr berufliches und privates Engagement mitgestalten. Viele Zugewanderte engagieren sich durch ehrenamtliche Arbeit im Verein oder auf privater Ebene im gesellschaftlichen Leben. Innerhalb der Kommunalpolitik sind die Migrantinnen und Migranten jedoch aus verschiedenen Gründen deutlich weniger aktiv.

Die Befragung von 41 Personen aus der Verwaltung, Politik, Ausländerbeirat und Vertretern von Migrantenvereinen sollte beleuchten, wie Integration und Partizipation in Minden gesehen wird und welche Barrieren dafür bestehen, mit dem Ziel, daraus Handlungsmaßnahmen abzuleiten. Dies soll dazu führen, dass die Partizipation von Zugewanderten im politischen und gesellschaftlichen Rahmen gestärkt und erhöht wird.

Die Ergebnisse wurden interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern des ehemaligen Ausländerbeirates und derzeitigen Integrationsausschusses, Politikern, Mitarbeitern der Verwaltung und der Presse im Rahmen einer Konferenz am 25. Februar 2010 präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Die Ergebnisse der Befragung und die Handlungsempfehlungen des imap Institutes sollen im Anschluss an die Konferenz in zwei Workshops hinsichtlich ihrer praktischen Einbindung in Maßnahmen weiterentwickelt werden.

2. Begrüßung des Bürgermeisters Michael Buhre

Sehr geehrter Herr Kufen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute hier im Großen Rathaussaal begrüßen zu dürfen.

Dies ist ein wichtiger Termin heute, denn uns werden die Ergebnisse einer Befragung präsentiert, die die Verbesserung der politischen und sozialen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt zum Inhalt hatte.

Dieses Integrationsprojekt konnte mit Unterstützung eines Programmes des Landes Nordrhein-Westfalen namens „Kommunale Integration" (kurz: „KOMM-IN") realisiert werden. Komm-IN Projekte dienen der Verbesserung der Aufnahme und Integration von Zuwanderern in der Kommune.

Sie werden zu 80 Prozent vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert. Anträge können nur Kommunen stellen. Die Stadt Minden muss einen Eigenanteil von 20 Prozent tragen, den sie aber auch in Form von Arbeitsleistung des beteiligten Integrationsbeauftragten einbringen kann.

So konnte die Stadt trotz knapper Mittel dieses wichtige Projekt auf den Weg bringen, denn der Integrationsbeauftragte der Stadt Minden, Norbert Scherpe, hat seine Arbeitsleistung eingebracht, die Arbeit des imap Institutes (Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung) begleitet und die Koordinierung zwischen Institut und allen Beteiligten übernommen.

Zwischen Juli und September 2009 wurden im Rahmen des Integrationsprojektes 41 Personen zu ihren Erfahrungen und Meinungen zu diesem Themenkreis interviewt.

Die Befragten stammen sowohl aus dem Kreis der Mindener Migranten und Migrantinnen als auch aus den Bereichen Politik und Verwaltung – auch ich habe an der Befragung teilgenommen!

Die Interviews wurden unter Anleitung des imap Institutes von zwölf Studentinnen und Studenten geführt, die zu zwei Dritteln auch einen Migrationshintergrund haben.

Die Ergebnisse der Interviews wurden in den vergangenen Wochen vom imap Institut unter

Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse ausgewertet und werden uns nun gleich vorgestellt werden. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse!

Doch wie kam es überhaupt zu diesem Projekt?

In Minden gibt es schon seit langer Zeit einen Ausländerbeirat, der viele Initiativen auf den Weg gebracht hat, aber dessen Mitglieder auch nicht zufrieden sind, weil sie den Eindruck haben, dass sie ihre Themen und Interessen nicht immer einbringen konnten, dass Kontakte zu Politik und Verwaltung nicht auf gleicher Augenhöhe sind.

Beide Seiten, die Beiratsmitglieder und Vertreter der Migrantengruppen einerseits und die Vertreter aus Politik und Verwaltung andererseits beklagen diesen Zustand und wünschen sich eine bessere Zusammenarbeit um die Zukunftsaufgaben gemeinsam zu lösen.

Aus diesem Grunde sollte die Befragung der Beteiligten erhellen, welche Barrieren das Miteinander und die Kommunikation behindern und wie man an ihrem Abbau arbeiten kann

Auch sollen die Ergebnisse der Interviews und die Handlungsempfehlungen helfen, die Arbeit des neuen Integrationsrates, der am 4. März seine konstituierende Sitzung hat, und seine Einbindung in das kommunalpolitische Entscheidungsnetzwerk zu unterstützen.

Das Projekt passt sehr gut zu unserer Stadt, denn es verfolgt die Ziele der „Charta für Integration und Vielfalt", die vom Mindener Rat bereits am 26. Februar 2009 verabschiedet wurde

An dieser Stelle möchte ich kurz aus der „Charta für Integration und Vielfalt" zitieren:

Punkt 9 der Charta lautet: „Durch die Beteiligung von Einwanderern am demokratischen Prozess und an der Konzipierung integrationspolitischer Maßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, wird ihre Integration unterstützt."

Punkt 10 lautet: „Die Einbeziehung von Integrationsmaßnahmen in alle wichtigen politischen Ressorts und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Gestaltung und Durchführung der jeweiligen Politik."

Das macht deutlich: Minden ist eine Stadt, die das Thema Integration ernst nimmt, aber nicht im Sinne von Anpassung der zugewanderten Menschen sondern im Sinne eines gemeinsamen Zusammenlebens in Vielfalt und gegenseitiger Achtung.

Uns ist wichtig: Die Migrantinnen und Migranten sollen sich in unserer Stadt sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich bestmöglich beteiligen können.

In diesem Sinne bin ich nun gespannt auf die Ergebnisse und hoffe, dass sich aus der Befragung auch einige Vorschläge ergeben, wie die Erkenntnisse in Minden umgesetzt werden können und dass in den noch folgenden Workshops in den nächsten Wochen erfolgreich gearbeitet werden kann

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

3. Grußwort Integrationsbeauftragten des Landes NRW Thomas Kufen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zur heutigen Veranstaltung und überbringe Ihnen auch die herzlichen Grüße unseres Integrationsministers Armin Laschet.

Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte wird als eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft verstanden. Unser Land verändert sich. Der Alltag in Nordrhein-Westfalen ist untrennbar mit dem Thema Integration verbunden. Unser Zusammenleben ist stärker denn je von einer Vielzahl von Gruppen unterschiedlicher ethnischer, kultureller, sozialer und religiöser Herkunft geprägt, die unserem Land ein freundliches und buntes Gesicht geben. Bereits heute hat fast jeder vierte Einwohner Nordrhein-Westfalens eine Zuwanderungsgeschichte, die Teil der eigenen oder familiären Identität ist.

Integration bedeutet nicht die Aufgabe eigener kultureller Wurzeln, bedeutet nicht Assimilation. Vielmehr gilt es, Antworten auf die Frage zu finden, wie viel kulturelle Eigenheit gelebt werden kann und notwendig ist, damit Integration und Zusammenleben gelingen. Durch die steigende Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verändert sich unsere Gesellschaft. Wir müssen stärker als bislang auf die Zuwanderer zugehen und deren vielfältige Beiträge für das Gemeinwohl besser wahrnehmen und anerkennen. Dem gedeihlichen Miteinander der Generationen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

Generationenübergreifend gilt es, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser dabei zu unterstützen, ihr Potential und ihre Kompetenzen für sich und die Gesellschaft einzubringen. Nur auf diese Weise kann es gelingen, dass sich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserer Gesellschaft angenommen und heimisch fühlen.

Integration findet vor Ort statt. In den Gemeinden, Städten und Stadtteilen entscheidet sich, ob die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gelingt. Hier werden Chancen und Probleme sichtbar. In den Kommunen liegt die Basis für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander aller am Gemeinwesen Beteiligten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung würdigt die vielfältigen Leistungen, die die Kommunen bereits erbracht haben und wird deren Weiterentwicklung gemeinsam mit ihnen gestalten.

Unsere Integrationsbemühungen bleiben Stückwerk, wenn sie nicht auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Das Land hat hervorragende Erfahrungen mit der verantwortungsvollen Haltung der Kommunen gegenüber Zugewanderten und mit kreativem bürgerschaftlichem Engagement für Integration, Chancengleichheit und respektvolles Miteinander gemacht.

Ein Herzstück der Integrationspolitik dieser Landesregierung liegt in der gezielten Unterstützung der integrationspolitischen Handlungsfähigkeit der Kommunen im Lande. Mit dem Programm „KOMM-IN Nordrhein-Westfalen - Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit" werden in den Kommunen Prozesse und Maßnahmen angestoßen oder weiterentwickelt, die die Städte, Kreise und Gemeinden darin unterstützen, Transparenz für alle Beteiligten über Angebote der Integrationshilfe herzustellen, effiziente Vernetzungen zu bewirken und mittels ganzheitlicher Integrationskonzepte vor Ort zu einer systematischen Steuerung von Integrationsprozessen zu gelangen. Denn: Inzwischen wissen wir, dass Integration gestaltet werden muss. Sie ist kein Selbstläufer. Das gute Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt nicht automatisch. Und es ist ermutigend und erfreulich zu sehen, wie viele innovative Ideen in den vergangenen Jahren auf der kommunalen Ebene für eine bessere Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entwickelt und umgesetzt worden sind.

KOMM-IN ist gut angelegtes Geld. Das liegt an der besonderen Struktur dieses Programms. Es schreibt den Städten und Gemeinden nicht vor, was sie zu tun haben, um in den Genuss der Fördermittel zu gelangen. Denn das weiß jede Kommune, dass wissen Sie, die Experten und Praktiker vor Ort, viel besser als die Landesregierung.

KOMM-IN gibt Ziele vor. Die Wege dorthin können die Kommunen in eigener Regie bestimmen. Dies wird gut angenommen. Seit der Einführung des Projektes wurden 287 Anträge bewilligt, davon allein 74 Anträge im vergangenen Jahr.

Lange Zeit war es doch so, dass es vor Ort kaum Gespräche zwischen den Ausländerbehörden und den für Integration zuständigen Referaten gegeben hat. Es ist auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass sich hier sehr oft zwei Kulturen begegneten, die nicht recht zueinanderfanden. Mancher Sozialarbeiter sah im Ausländeramt herzlose Beamte am Werk, mancher Ausländeramtsmitarbeiter sah in den Sozialarbeitern hoffungslose Idealisten und Weltverbesserer

ohne Verständnis für die Zwänge des Ordnungsrechts. KOMM-IN hat dies aufgegriffen und dazu beigetragen, dass aus einem Nebeneinander der vor Ort beteiligten Akteure ein koordiniertes Miteinander geworden ist - unter Wahrung der jeweiligen spezifischen Aufgaben und Kompetenzen.

Ich habe mir selbst in vielen Städten ein Bild von der geleisteten Arbeit gemacht und weiß: Die Integrationsarbeit in den Kommunen ist heute viel häufiger kunden- und zielorientiert. Ich bin froh, dass das Ziel 'Integration' uns heute verbindet - Bund, Land und Gemeinden ebenso wie Politiker aller demokratischen Parteien.

Das Ziel die Menschen zu verbinden, lag auch hier in Minden vor. Das Projekt befasste sich mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Kommune. Politik ist die Gestaltung von Forderungen und Zielen. Umso wichtiger ist auch die politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Das Land Nordrhein-Westfalen misst der aktiven Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte große Bedeutung bei.

Wenn sie sich als Teil der Gesellschaft empfinden, wenn ihr Einsatz entsprechend anerkannt wird, dann steigt auch die Motivation sich zu öffnen und in ihrer neuen Heimat aktiv zu werden. Sie sind ein Teil Deutschlands und ihre demokratische Einmischung ist gefragt: Integration kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit den
Zuwanderern gestaltet wird. Sie kennen den Alltag und die Bedürfnisse und können berichten, welche Angebote hilfreich und wirksam sind und warum bestimmte Maßnahmen nicht wirken.

Ich möchte dies nur kurz am § 27 GO festmachen. Eine gesetzliche Neuregelung, die am 24. Juni 2009 im Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen wurde, ermöglichte, dass ein Integrationsrat oder ein Integrationsausschuss gewählt werden konnte und stärkte so nachhaltig die politische Partizipation der Zuwanderinnen und Zuwanderer.
Ob eine Kommune einen Integrationsrat oder Integrationsausschuss einrichten wollte, konnte die Kommune frei entscheiden: Auch das ist das Verständnis der Landesregierung von kommunaler Selbstverwaltung. Eine ganze Reihe von Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat geradezu auf einen Integrationsausschuss bestanden. Dies hat die Landesregierung darin bestärkt, das entsprechende Wahlrecht zu belassen, allerdings verbunden mit der Regelung, dass im Zweifel ein Integrationsrat eingerichtet werden muss, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

Am 07. Februar 2010 fand dann in über 100 Städten und Gemeinden die Wahl des Integrationsrates oder -ausschusses statt. Insgesamt waren über 1.000 lokale Mandate zu vergeben. Nach vorläufigen Erkenntnissen liegt die Wahlbeteiligung in diesem Jahr bei 11,16 Prozent. Im Vergleich

zu den Wahlen 2004 ging die Beteiligung um 0,66 Prozentpunkte zurück und blieb damit fast konstant. Wie schon 2004 variiert die Wahlbeteiligung stark. Auf Grundlage der vorliegenden Zahlen aus allen 102 Städten liegt die Spannweite zwischen 33,93 Prozent im ostwestfälischen Harsewinkel und 32,45 Prozent in Kamen und gerade einmal 4,67 Prozent in Düsseldorf bzw. 4,17 Prozent in Bergisch Gladbach.

Die Kommunen und politischen Parteien sind aber auch auf die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte angewiesen, die schon lange einen deutschen Pass haben und sich nicht im Integrationsrat engagieren können. So sind zum Beispiel rund 45 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime mit Zuwanderungsgeschichte aus den berücksichtigten Herkunftsländern einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge deutsche Staatsangehörige. Sie haben das Recht zu wählen oder gewählt zu werden. Die Studie ergibt auch, dass zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime in Deutschland wohnen. Berücksichtigt man, dass in Deutschland insgesamt rund 82 Millionen Menschen leben, beträgt der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung zwischen 4,6 und 5,2 Prozent.

Hinzukommt, dass sich bei der Kinderzahl im Haushalt signifikante Unterschiede zwischen Muslimen und Angehörigen sonstiger Religionen zeigen. Insgesamt liegt die Kinderzahl bei Muslimen bei 1,1 und bei Nicht-Muslimen bei 0,9. Dies ist besonders im Hinblick auf die seit 2003 rückläufige Bevölkerungszahl wichtig. Erst vor kurzem konnten wir lesen, dass die Bevölkerungszahl unter die 82 Millionen gesunken ist.

Wir sind deshalb auf gut gebildete und integrierte Kräfte angewiesen. Die Talente in unserem Land sind zu kostbar, um sie brach liegen zu lassen. Wir sind auf das Engagement aller angewiesen. Wir sind darauf angewiesen, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte künftig viel stärker an "Politik" partizipieren, als bisher.

Wie dringlich erforderlich eine erfolgreiche Integrationspolitik und damit auch die politische Teilhabe und eine gelungene Kommunikation vor Ort ist, zeigen zum Beispiel die Zahlen des Kreises Minden-Lübbecke. Hier im Kreis haben von rund 320.000 Einwohnern 66.000 Personen eine Zuwanderungsgeschichte. 50.000 von ihnen sind Deutsche, bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, die als Aussiedler oder Spätaussiedler zu uns d. h. als Deutsche zurück nach Deutschland gekommen sind oder die eine Zuwanderungsgeschichte haben, aber inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben.

4. Das Projekt aus Sicht der Interviewten und Interviewer

Frau Taiwo-Felicia Olumat-Glaser (Interviewte)

Frau Olumat-Glaser berichtete, dass sie sich in Minden sehr wohl fühlt und immer wieder schöne Situationen erlebt. Als sie damals vor 9 Jahren nach Deutschland und Minden kam, war es für sie anfangs schwer, da sie kein Deutsch sprechen oder verstehen konnte. Inzwischen ist Deutsch aber für sie zur zweiten Sprache geworden.

Mit lebhafter Stimme und einem herzlichen Lachen erzählt sie von Ihrer Zeit in Minden, ihren Freunden und Bekannten und natürlich von ihrer Familie.

Sie hat am Interview und dem Projekt teilgenommen, weil es ihrer Ansicht nach sehr wichtig ist, dass die Zugewanderten in der Stadt vertreten sind und der Integrationsrat diese Funktion wahrnimmt. Ihr liegt es am Herzen, dass dabei alle Zugewanderten vertreten werden und Minden noch näher zusammenrückt.

Herr Abir Said Anbari (Interviewer)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Freunde!

Ich fühle mich sehr geehrt, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, diese Rede zu halten. Aus diesem Grund bedanke ich mich bei Herrn Scherpe und Frau Leuteritz für Ihr Vertrauen. Ich werde im Folgenden ein wenig über meine Erfahrungen, die ich im Rahmen des KOMM-IN Projektes als Interviewer gemacht habe, berichten.

Mein erster telefonischer Kontakt mit Herrn Scherpe und meine persönliche Begegnung mit ihm hat mir die Chance gegeben an diesem Projekt teilzunehmen. Mein sozialer Status als Bürger mit Migrationshintergrund, mein zukünftiger Beruf als Lehrer und mein persönliches Interesse an dem Thema „Integration" sind die Gründe dafür, wieso ich mitgemacht habe. Unabhängig von den materiellen Gründen, hat die Teilnahme an diesem Projekt mir die Möglichkeit gegeben, mir vertiefte Gedanken über die Probleme der Stadt Minden bezüglich der Integration ausländischer Mitbürger zu machen.

Als Interviewer habe ich einige wichtige Aspekte aus den Auswertungen meiner Interviews zusammengefasst, die ich Ihnen präsentieren möchte: Die Integration kommt von innen heraus und die Sprache ist der Schlüssel für die Integration. Neben diesen beiden Aspekten spielt die Bildung für eine gelungene Integration die wichtigste Rolle.

Ich stimme diesen Aspekten zu, denn ohne sprachliche Verständlichkeit kann es keine Integration geben. Diesbezüglich will ich eine persönliche Erfahrung beitragen. Als ich vor ca. 9 Jahren aus Afghanistan nach Deutschland eingereist bin, fühlte ich mich von der Außenwelt isoliert, da ich die Menschen nicht verstehen konnte. Heute stehe ich vor Ihnen und spreche die Sprache, die man verstehen kann. Nach dieser Erfahrung kann ich explizit sagen, dass für mich die Sprache eine sehr wichtige Rolle spielt.

Es ist eine schwierige Aufgabe eine Fremdsprache zu erlernen, aber es ist auch eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe eine Sprache zu lehren, da man mit verschiedenen Lerngruppen konfrontiert wird, welche verschiedene Ziele anstreben. Die Ziele, die Motivation und die früheren Bildungshintergründe des jeweiligen Lerners spielen eine wichtige Rolle beim Erlernen einer Sprache. Die Sprache beseitigt Missverständnisse zwischen Menschen, fördert gesellschaftliche Anerkennung der Individuen- kurz um: Die Sprache ist der Schlüssel für die Integration.

Meine Ansicht über die Verwaltung und Politik in der Stadt Minden ist schon immer sehr positiv gewesen. Die Stadt Minden hat mich von Anfang an sehr freundlich aufgenommen und mir Bildungsmöglichkeiten und finanzielle Unterstützung angeboten. Ich bin mir sicher, dass zahlreiche andere Menschen dasselbe erlebt haben und hoffentlich noch erleben werden!

Meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich und denke, dass wir mit der Unterstützung der Politik, Verwaltung und Bürger eine sprachliche Kompetenz entwickeln können. Lassen Sie uns zusammen genau daran weiterarbeiten!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Aufmerksamkeit!

5. Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragung

Was wird mit Minden verbunden?

- sehr oft Heimat, Familie und Freunde (emotionale Komponente)
- Deutsche nennen oft noch Arbeit, Architektur der Stadt (sachliche Komponente)
- Positive/ negative Entwicklungen werden von Zugwanderten vor allem im zwischenmenschlichen Bereich gesehen, Deutsche nennen hier sachliche Themen (Wirtschaft, Bildung etc.)
- Zugewanderte sehen Bemühungen der Stadt sehr positiv, bewerten insgesamt den Gesamtprozess positiver als Deutsche
- Deutsche sind überwiegend an Wirtschaft und Finanzen besonders in Bezug auf lokale Politik interessiert, Zugewanderte eher an sozialen Themen

Rolle der Vereine

- Vereine werden als wichtige soziale Institution gesehen, Zugewanderte sehen darüber hinaus noch verstärkt den Aspekt der Kulturerhaltung
- Außer in Migrantenvereinen sind Zugewanderte in Sportvereinen tätig – wird beidseitig als gelungene Integration bewertet
- Deutsche sehen in der Vereinsmitgliedschaft eher den Aspekt des Hobbies, Zugewanderte eher den Aspekt der gemeinsamen Unternehmung mit anderen

Arbeit der Migrantenvereine

- Öffentlichkeitsarbeit der Vereine wird als zu gering angesehen
- Deutsche sehen starke Abgrenzungstendenzen der Vereine (Ausnahme ist der türkische Kulturverein), Vereine engagieren sich zu wenig im Bereich der Integration und nutzen ihre Möglichkeiten zur Partizipation nicht genügend

→ Inhaltliche Arbeit der Vereine ist bei vielen Deutschen weitgehend unbekannt

Ausländerbeirat aus Sicht der Zugewanderten

Nichtmitglieder:

- Transparenz über die inhaltliche Arbeit fehlt
- Es werden zu stark Eigeninteressen bei der Arbeit verfolgt
- Mitglieder sind größtenteils nicht bekannt
- Aussiedler fühlen sich nicht angesprochen
- Der Ausländerbeirat wird nicht als Vertreter der Zugewanderten wahrgenommen

Mitglieder:

- Mitglieder kennen sich überwiegend nur über Arbeit im Ausländerbeirat
- Zielführung wird nicht gesehen durch:
    - Mangelnde Sprachkenntnisse vieler Mitglieder und unterschiedliche Bildungsniveaus → schwierige Diskussionsgrundlage
    - Als mangelhaft empfundene Entscheidungsmacht führt zu Demotivation
    - Verfolgung von Eigeninteressen
- Finanzielle Einschränkungen
- Voraussetzung für die Arbeit im Ausländerbeirat sollte sein:
    - Motivation
    - Zeit
    - Bekanntheit in einem größeren sozialen Netzwerk
    - Ausbildung bzw. Erfahrung im sozialen Bereich

<u>Ausländerbeirat aus Sicht der Verwaltung und Politik</u>

- Nichtmitglieder sehen zu starke Vertretung der Einzelinteressen und eine hohe Konkurrenz unter den Mitgliedern
- Mitglieder sehen
    - eine zu geringe Beteiligung und dadurch nur bedingte Handlungsfähigkeit
    - Gute Wahrnehmung der Interessenvertretung
    - Sehen die Arbeit des Ausländerbeirates vor allem in beratender Funktion und bei der Veranstaltung von Organisationen
- Mitglieder des Ausländerbeirates sind nur durch politische Arbeit bekannt bzw. kennen sich darüber
- Die Verwaltung kennt die inhaltliche Arbeit des Ausländerbeirates nur ungenügend und kann ihn deshalb auch nicht in ihre Arbeit einbeziehen
- Voraussetzung für Mitglieder sollte sein:
    - Deutsche Sprachkenntnisse
    - Politisches Interesse
    - Inhaltliche Kompetenz
    - Kommunikative Kompetenzen
    - Großes soziales Netzwerk
    - Identifikation mit Minden
- Funktion des Beirats wird als Multiplikator und Brücke gesehen (vor allem im Bereich Sprache und Bildung, tägliche Probleme)
- Unterstützt werden sollte er bei Finanzen, Ausgestaltung der Möglichkeiten zur Partizipation, Informationsversorgung (Hauptamtliche Unterstützung des Ehrenamtes)

- Bei der Umstrukturierung zum Integrationsausschuss sollte Politik und Ausländerbeirat gleichermaßen eingebunden werden

Bedeutung von Integration

- Zugewanderte: emotionale Bewertung (auch Zwiespalt), keine Assimilation, Gleichberechtigung in Gesellschaft
- Verwaltung: sachliche Bewertung („unterschiedliche Gesellschaftsformen kommen zusammen"), Gleichberechtigung
- Politik: keine Assimilation, Heimisch fühlen durch private Kontakte, Wurzeln nicht vergessen

Erfahrung mit Integration

- Zugewanderte haben überwiegend positive Erfahrungen gemacht
- Verwaltung sieht es aus arbeitstechnischer Sicht: sieht Integration eher kritisch (nur von Deutschen ausgehend, Sprachbarrieren, Reduzierung auf Gastarbeiter und ausländisches Essen)
- Politik beschreibt Erfahrungen Integration politisch korrekt, aber so gut wie keine persönlichen Erfahrungen
- Zugewanderte haben überwiegend positive Erfahrungen gemacht
- Verwaltung sieht es aus arbeitstechnischer Sicht: sieht Integration eher kritisch (nur von Deutschen ausgehend, Sprachbarrieren, Reduzierung auf Gastarbeiter und ausländisches Essen)
- Politik beschreibt Erfahrungen Integration politisch korrekt, aber so gut wie keine persönlichen Erfahrungen

Integration in Minden

Zugewanderte:

- Mitglieder des Ausländerbeirats bewerten Integration in Minden positiv (hohe Toleranz, zahlreiche Integrationsmöglichkeiten)
- Nicht-Mitglieder sehen die Situation eher kritisch (Sprachprobleme, große soziale Unterschiede)

Verwaltung:

- Auf institutioneller Ebene wird Situation positiv bewertet
- Auf zwischenmenschlicher Ebene gab es keine Äußerungen

Politik:

- Sieht zu wenig Beteiligung aus Seiten der Zugewanderten → Einbahnstraße

Unterstützung durch Stadt

Politik:

- Sieht Handlungsbedarf bei Verwaltung (interkulturelle Kompetenzerweiterung, mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund)

Verwaltung:

- Sieht Handlungsbedarf bei Politik (Prozessförderung durch Politik, Erhöhung der Entscheidungskompetenz des Ausländerbeirates)

Zugewanderte:

- Sind zufrieden mit der Unterstützung durch die Stadt
- Wünschen sich tendenziell mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung (Ausländerbeirat), höhere Präsenz in der Öffentlichkeit, mehr Förderung im Bildungsbereich

Unterstützung durch Vereine

- Vereine müssen sich mehr öffnen und ihre Erfahrungen einbringen
- Zusammenarbeit der Vereine untereinander und mit der Stadt

Handlungsansätze aus den Interviews

Organisation und Struktur der künftigen Migrantenvertretung (Integrationsausschuss):

→ Schulung der Migrantenvertreter in Fragen der Kommunalpolitik

→ Erarbeitung eines übergeordneten Arbeitsprogramms unter fachlicher Begleitung für die gesamte Legislaturperiode

→ Bildung von thematischen Arbeitsgruppen, die die Arbeit des Integrationsausschusses fachlich vorbereiten

→ Fachliche Begleitung des Integrationsausschusses und insbesondere der Migrantenvertreter durch professionelle oder ehrenamtliche Experten (z.B. Patenmodell)

→ Privaten Austausch unter den Mitgliedern des Integrationsausschusses fördern

Vernetzung der künftigen Zugewandertevertretung (Integrationsausschuss):

→ Einbindung der Migrantenvertreter in die Arbeit der politischen Fraktionen außerhalb der offiziellen Sitzungen

→ Verstärkung der Kommunikation zwischen Migrantenvertretern und den Akteuren der Kommunalpolitik

→ Verstärkung der Kommunikation zwischen Migrantenvertretern und Medien

→ Verwaltung in die Arbeit des Integrationsausschusses einbeziehen

→ Einbindung der Vereine in die Arbeit des Integrationsausschusses

Öffentlichkeitsarbeit der künftigen Migrantenvertretung (Integrationsausschuss):

- → Einrichtung eines Newsletters über die Arbeit des Integrationsausschusses
- → Regelmäßige Pressegespräche
- → Regelmäßige persönliche Informationsweitergabe der Migrantenvertreter an die Migrantenvereine

Aufgaben an Ratsvertreter und Verwaltung in der künftigen Migrantenvertretung (Integrationsausschuss):

- → Weiterbildung über Möglichkeiten der kommunalen Integrationsarbeit
- → Vernetzung mit Akteuren der Migrantenvereine vor Ort
- → Ermittlung der wichtigsten Multiplikatoren aus den Migrantengruppen in Minden und Aufbau von Kommunikationsstrukturen
- → Nach Möglichkeit Einbindung der Migrantenvertreter in die politischen Strukturen der Parteien